

Das Regierungsprogramm

Berlin, 13. September.

Reichskanzler von Papen legte in einer Ansprache im Rundfunk das Programm der Reichsregierung dar; er führte u. a. folgendes aus:

„Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volk, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von ihr verfolgte Programm entgegenzunehmen.“ Der Reichskanzler gab darauf eine Schilderung der Vorgänge im Reichstag. Durch das verfassungswidrige Verhalten des Reichstagspräsidenten sei es der Reichsregierung unmöglich gemacht worden, vor dem Volk einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben. Die kommunistische, von Moskau zugereiste Abgeordnete Frau Jettin sei vom Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden; die Erklärung einer nationalen Regierung über weigerte sich die deutsche Volksvertretung auch nur anzuhören.

Die Reichsregierung, die ein untellbares Ganzes bilde, sei fest entschlossen, den Weg weiterzugehen, den sie mit ihren bisherigen Handlungen beschritten habe; den Weg einer unabhängigen neuen Staatsführung, zu der der Herr Reichspräsident sie berufen habe und zu deren Durchführung sie sich ohne Zögern, aber auch ohne Ueberstürzung ans Werk gemacht habe. Die Tätigkeit der Regierung bestche in dem Abschluß einer alten und der Eröffnung einer neuen Epoche.

Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung ist das grundsätzliche Ziel unserer Außenpolitik. Das sei eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands und zugleich die einzig mögliche Grundlage seiner Zusammenarbeit mit dem Ausland. Aus diesem Grunde haben wir jetzt die zweite Frage unserer Gleichberechtigung in Angriff genommen, die Frage der Abrüstung.

Wir wollen die Abrüstung. Wir würden die weitestgehenden Abrüstungsentscheidungen für Deutschland annehmen, vorausgesetzt, daß sie gleichmäßig für alle Staaten gelten. Aber es ist für uns unerträglich, weiterhin als ein Volk zweiter Klasse behandelt zu werden und weiterhin schutzlos unter den waffenstarken Staaten des europäischen Festlandes dazustehen. Wir wollen keine kriegerischen Abenteuer; wir lehnen ein Weltkriegen ab. Niemand hat mit größeren Hoffnungen auf die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland. Das Ergebnis ihrer ersten fünf Monate hat uns grausam enttäuscht. Trotz Völkerbund, Locarno und Kelloggpaakt versucht man, sich den Verpflichtungen zur Abrüstung zu entziehen. Wir können an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen, bevor die Frage der Gleichberechtigung nicht in unserem Sinn geklärt ist. Mit Genugtuung können wir feststellen, mit welchem Verständnis der Regierungschef eines uns befreundeten großen Volkes in aller Deffektivität unseren Standpunkt behandelt hat.

Das Kabinett hat sich naturgemäß mit der französischen Antwort noch nicht befassen können. Dennoch glaube ich schon jetzt sagen zu müssen, daß der Inhalt der Note nicht geeignet ist, die Lösung dieses ersten Problems zu fördern.

In diesen Tagen unternimmt Deutschland einen gigantischen Versuch, durch Mobilisierung seiner letzten inneren Reserven Arbeit und soziale Befriedigung zu schaffen. Sie gibt uns ein Anrecht darauf, daß die führenden Staatsmänner

der Großmächte sie auch ihrerseits den Entschluß fassen, der Vergiftung der außenpolitischen Beziehungen durch unhaltbare Verträge ein Ende zu setzen. Nur die endgültige Beseitigung der Reparationen durch das Lausanne Abkommen macht es uns möglich, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in Angriff zu nehmen.

Das große Ziel, das die Reichsregierung sich beim Herumwerfen des Steuers der Wirtschaft gesetzt hat und das sie ihrer festen Ueberzeugung nach erreichen wird, ist die entscheidende Verminderung der Arbeitslosigkeit. Schon machen sich allenthalben erfreuliche Zeichen der langsamen Besserung bemerkbar. Diesen Augenblick hat die Reichsregierung für den rechten gehalten, um mit dem bekannten Wirtschaftsprogramm den Angriff zu beginnen.

Es ist wichtigste Voraussetzung jeder nationalen Politik, die Selbständigkeit der deutschen Nation. Wir müssen also die Verlustquellen bei der Landwirtschaft beseitigen. Das bedeutet: Hebung der Kaufkraft der Konsumenten für landwirtschaftliche Produkte, Fernhaltung der vom Weltmarkt ausgehenden Störungsmomente, Kontingentierung bestimmter Einfuhrartikel und Minderung der Lasten durch Zins- und Steuerentlastung.

Selbstverständlich bekennt sich die Reichsregierung zu der christlich-sittlichen Pflicht des Staates gegenüber dem schutzbedürftigen, insbesondere den Kranken, Verletzten und invaliden Arbeitnehmern. Hier findet die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben. Nach dieser Richtschnur will die Reichsregierung handeln. Unsozial ist, wer unerfüllbare Wünsche vergeblich zu erfüllen trachtet und dadurch Arbeitsmöglichkeiten zerstört. Sozial aber handelt, wer durch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dafür sorgt, daß das soziale Gut dem Volk dauernd erhalten bleiben kann. — Nur wenn es möglich sein wird, die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter entscheidend zu verringern, werden wir die Unterstüßungen für die Arbeitslosen, die auch wir gegenwärtig für zu niedrig erachten, erhöhen können. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Renten.

Niemand in der Reichsregierung denkt daran, die wohl-erworbenen Rechte des öffentlich-rechtlichen Versicherungs-schutzes zu beseitigen, den Arbeiterschutz aufzuheben oder die begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören. Das Mißtrauen, das in dieser Hinsicht der Ermächtigungsverordnung entgegengebracht wird, ist grundlos.

„Ich möchte hier eine sehr ernste Mahnung aussprechen: alle Maßnahmen, die in den Verordnungen vom 4. und 5. September niedergelegt sind, gelten für eine Uebergangszeit von 12 Monaten. In dieser Zeit entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft und damit unseres Staates. Nach genauerer Beobachtung der Entwicklung der Weltwirtschaft sind wir zu der Entscheidung gekommen, daß jetzt der richtige Zeitpunkt da ist, um die Privatinitiative wieder zu wecken und ihr die Gelegenheit zu geben, ihre gewaltigen realen und moralischen Kräfte zu entfalten.“

Die Reichsregierung erwartet von den Unternehmern, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohl des ganzen Volkes verwalten. Sie wird mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollen. Mißlingt der Plan der Reichsregierung, dann ist das freie Unternehmertum verloren. Dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der

staatlichen Regelung unterwerfen wollen. Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an eigenen Nutzen denkt und nicht an das große Ganze, wenn es jetzt nicht seine Stunde erkennt und die große Chance begreift, die ihm die Reichsregierung bietet, wenn es nicht wagt, sondern zurückhaltend abwartet.

Neben dem Neuaufbau der Wirtschaft wird die Hauptaufgabe der Reichsregierung der Umbau unseres staatlichen Lebens sein.

Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß das System der formalen Demokratie im Anteil der Geschäfte und in den Augen der deutschen Nation abgewirtschaftet hat und daß es nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden kann. Aus der heuligen Verfassung unseres Staatslebens heraus und in gesunde zukunftsvolle Verhältnisse kann uns allein

die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen nationalen Staatsführung

bringen, einer Staatsführung, die sich über alles Parteiwesen als unantastbarer Hort der Gerechtigkeit erhebt, die gestützt ist auf die Macht und die Autorität des vom Volk gewählten Reichspräsidenten.

Die grundsätzliche Beseitigung der Schäden, die aus der Staatsführung der letzten 13 Jahre entstanden sind, kann folgerichtig nur in einer Reform der Verfassung gefunden werden. Wir werden diese Frage nicht überellen und nur in Uebereinstimmung mit den Vätern der Lösung zuführen.

Die Heraushebung des Wahlalters wird Schule und Universität im weiten Maß von politischer Radikalisierung befreien. Es wird geprüft werden, ob und wie der Aufbau der Volksvertretung in Zukunft organisch mit den Selbstverwaltungskörpern verbunden werden kann.

Die Frage Reich-Breuchen wird im Rahmen der Verfassungs- und Reichsreform gelöst werden. Wir werden den geschichtlich gewordenen Breuchlichen Staat nicht zerlegen. Notwendig ist aber eine organische Verbindung der Breuchlichen Regierung mit der des Reiches. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Breuchen wird die Eigenständigkeit der anderen deutschen Länder nicht antastet. Wiederholt habe ich erklärt, daß die Reichsregierung in der Erhaltung der geschichtlichen Struktur unseres Volkes ein wesentliches Unterpfand für eine neue bessere Zukunft erblickt. Ich bin überzeugt davon, daß eine Reichsreform möglich ist, die sowohl dem geschichtlichen Recht der Länder wie dem Gesamtwohl des deutschen Volkes entspricht.

Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des dem deutschen Volke gewidmeten Hauses in dieser entscheidungsvollen Stunde die erwählten Vertreter des Landes auszuordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert. Darum rufe ich dem Land in dieser Stunde zu: Mit Hindenburg und für Deutschland!

Wittmoß, 14. September
Leipzig-Dresden

6,00 Junggymnastik; 6,20 Frühkonzert aus Berlin; 8,15 Dienst der Hausfrau: Der Küchenzeile im September; 12,00 Mittagskonzert; 14,00 Arbeiten im Garten: Schädlingsbekämpfung; 15,00 Rauchhammer und kein Eisenwert; 16,00 Jugen-nachmittag: „Kluge Leute aus Buchstaben“; Lustig Dorfbilder; 17,00 Jugendkonzert; 18,10 Pädagogischer Saal: Verbindungs-wischen den Generationen; 18,30 Sprachenkurs: Italienisch; 19,05 Strukturwandlungen des Welthandels und ihre Bedeutung für die deutsche Wirtschaftspolitik; 19,30 Deutsche Volkstheater- gesungen vom Dresdner Männergesangsverein; 20,00 Panzer- Strauß-Fischer; Uebertagung aus Wien; 21,30 Karl Erb singt; 22,05 Nachrichtenabend; anschließend Nachtmahl aus München!

Zurückgekehrt vom Grabe unserer Guten viel zu früh von uns Gegangenen, meiner guten Mama, der

Frau Emma Stäps

ist es uns nur hierdurch möglich, Allen die uns während ihrer Krankheit bis zur letzten Ruhe helfend und teilnehmend zur Seite standen, unsern

herzlichsten Dank

auszusprechen.

Ottendorf-Okrilla, am 13. September 1932.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Kurt Stäps und Töchterchen,
Mutter, Schwiegereltern, Brüder,
Schwager und Schwägerinnen.

Sie bleiben bestimmt mein Kunde, wenn Sie einmal meine äußerst haltbaren und doch sportbilligen **Männer - Schweiß - Socken** getragen haben. Bitte versuchen Sie es einmal, der Gang lohnt sich, denn das Paar kostet

nur 30 Pfg.

Eugen Martin, Dresdnerstr.

Farbenprächtige

Champions

in verschiedenen Ausführungen empfiehlt

Fußballg. S. Rühl.

Vorgezeichnete Kleider u. Schürzen

für Erwachsene und Kinder.

Spielanzüge sowie Stickmaterial

empfehlen billigt in großer Auswahl

Handarbeitsgeschäft W. Fuchs.

Flegel- und Breitdrusch-Stroh

kauft

Sächs. Glasfabrik August Walkher & Söhne A.-G.
Werk Ottendorf-Okrilla.

In den nächsten Tagen treffen prima

oberschles. Steinkohlen

ein. Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen

Paul Claus,
Kohlenhandlung Mühlstrasse.

Fliegende Blätter

und Megendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

„Immer mit der Zeit schreitend und für die Zeit.“
„Eine Quelle herzerquickenden Frohsinns.“
Wöchentlich eine reichhaltige Nummer.
Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden.
Unter die Bezugspreis anlässlich der Buchhändler, das Postamt oder unmittelbar der

VERLAG „FLIEGENDE BLÄTTER“
H. F. SCHREIBER, MÜNCHEN, MOHLSTRASSE 34.

Für den Geschäftsbedarf

- Briefordner, Locher
- Schnellhefter, Löscher
- Briefwaagen, Schreibzeuge, Geschäftsbücher
- in Folio und Quart.
- Kasse-, Registerbücher,
- Briefklammern, Büromadeln, Siegelack

Buchhandlung Hermann Rühle.

Neue ermäßigte Anzeigenpreise

für den

„Personal-Anzeiger des Dahme“

Unsere Geschäftsstelle die Buchhandlung Hermann Rühle vermittelt ohne Spesenanschlag Anzeigen für das „Dahme“. Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigen zu entrichten und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:

- Stellen-Angebote jezt nur 90 Pfg.
- Stellen-Gesuche jezt nur 67 Pfg.
- Sonstige K. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1.08 Pfg. für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben).

Die Geschäftsstelle
Buchhandlung H. Rühle, Ottendorf-Okrilla.